

100767-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros – Bundesstadt Bonn: Erich-Kästner-Schule - Generalplanerleistungen (GP)

OJ S 30/2026 12/02/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

E-Mail: referatvergabedienste@bonn.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Bundesstadt Bonn: Erich-Kästner-Schule - Generalplanerleistungen (GP)

Beschreibung: Erweiterung und Umbau Erich-Kästner-Schule Vergabe Generalplanung

Kennung des Verfahrens: 9b23f102-b928-4223-ab00-a1d8c46f0889

Interne Kennung: BN-2025-06944

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Karl-Barth-Straße 87

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53129

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXTSYYDYTJ06NG99#

Mehrfachbewerbungen werden ausgeschlossen. a) Bei Antragsübermittlung in Textform ist der Bieter und die zur Vertretung des Bieters berechnigte natürliche Person zu benennen; falls vorgegeben, ist der Teilnahmeantrag mit der geforderten Signatur zu versehen. Zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist eine kostenlose Registrierung erforderlich. Der Teilnahmeantrag ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist mit dem Bietertool über die Vergabepattform www.vmp-rheinland.de an das Referat Vergabedienste zu übermitteln. b) Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen, und ist, nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien, die Anzahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, zu hoch, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern gemäß §75 Abs. 6 VgV durch Los zu treffen. Sämtliche

Vergabeunterlagen stellen wir ausschließlich über das Portal Vergabemarktplatz Rheinland kostenlos zur Verfügung, eine postalische oder elektronische Versendung erfolgt nicht. Bieterfragen werden unter Wahrung der Anonymität des Fragestellers über den Kommunikationsbereich des Verfahrens im o.g. Portal für alle Teilnehmer beantwortet. Bieterfragen sind ausschließlich über diesen Kommunikationsweg einzureichen. Ausführliche Informationen sowie Anleitungen zum Vergabemarktplatz und zur Elektronischen Angebotsabgabe über das Bietertool finden Sie im Service Support Center von Cosinex unter <https://support.cosinex.de/> Weitere hilfreiche Informationen zur Abgabe eines elektronischen Angebotes können Sie zudem aus dem gleichnamigen Dokument in den Vergabeunterlagen entnehmen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 123 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: § 123 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 123 GWB

Betrug: § 123 GWB

Korruption: § 123 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: § 123 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: § 123 GWB

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: § 124 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: § 124 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: § 124 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: § 124 GWB

Zahlungsunfähigkeit: § 124 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: § 124 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: § 122 GWB

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: § 124 GWB

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: § 124 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: § 124 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: § 124 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: § 124 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: § 124 GWB

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: § 124 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Bundesstadt Bonn: Erich-Kästner-Schule - Generalplanerleistungen (GP)

Beschreibung: Gegenstand des Auftrags ist die Generalplanung für die Erweiterung und Umbau der Grundschule "Erich-Kästner-Schule", in Bonn. Der 1955 errichtete Schulkomplex

besteht aus zwei L-förmig angeordneten Gebäudeteilen, die den hinteren Schulhof umschließen. Das dreigeschossige Hauptgebäude (Bauteil A) beherbergt vor allem Verwaltungs- und Lagerräume sowie sanitäre Anlagen. In den beiden oberen Etagen befinden sich die Unterrichtsräume und die Räume der Offenen Ganztagschule (OGS). Die Verwaltungsräume des OGS-Personals sind in der ehemaligen Hausmeisterwohnung untergebracht. Das eingeschossige Nebengebäude (Bauteil B) dient aktuell als Mensa, deren Speiseraum zugleich für Veranstaltungen wie Schulfeste und Konferenzen genutzt wird. Zudem ist hier das Lehrerzimmer sowie ein kleiner Lehrmittelraum untergebracht, der auch als Besprechungsraum dient. In der Gemeinschaftsgrundschule werden derzeit 200 - 220 Schüler in 2 Zügen beschult. Das bestehende Raumprogramm deckt den erforderlichen Flächenbedarf nicht vollständig ab. Die vorhandene Mensa kann zudem den erforderlichen Flächenbedarf für eine Nutzung durch die komplette Schülerschaft in maximal 3 Schichten nicht erfüllen. Vor diesem Hintergrund ist eine räumliche Erweiterung der Schule erforderlich. Die Kapazität der Schulmensa soll eine perspektivische Erweiterung der Schule um einen halben Zug berücksichtigen. Diese ist jedoch nicht Bestandteil der aktuellen Aufgabe. Zur Realisierung der geplanten Erweiterung und zur Erfüllung der funktionalen Anforderungen des Raumprogramms wurde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben: Als Ergebnis der Machbarkeitsstudie wird empfohlen auf dem Schulgrundstück einen Erweiterungsneubau für eine neue Mensa zu errichten. Die dadurch freiwerdenden Raumkapazitäten im Bestand können anschließend umgebaut und neuen Nutzungen zugeführt werden. Der Erweiterungsneubau ist als solitäres Gebäude auf der nord-westlichen Schulhoffläche vorgesehen. Der Speiseraum der Mensa soll hierbei als multifunktionaler Veranstaltungsraum hergerichtet werden, um für Schulfeste und Konferenzen nutzbar zu sein. Die Machbarkeitsstudie hat für den Erweiterungsneubau eine voraussichtliche Bruttogrundfläche von ca. 240 m² ermittelt. Für die Neubaumaßnahme soll ein hoher Vorfertigungsgrad vorzugsweise in Holzbauweise vorgesehen werden. Durch Umbaumaßnahmen und Umzüge können die freiwerdende Raumkapazitäten anschließend neu aufgeteilt werden, so dass Funktionsbereiche zusammengelegt und durch die Umstrukturierung eine räumliche Entlastung erreicht wird. Hierbei sollen zwei neue Differenzierungsräume, ein Lehrmittel-, ein Besprechungs- sowie ein Pflege- bzw. Sanitätsraum hergerichtet werden. Im Zuge der baulichen Maßnahmen ist zudem eine Modernisierung und Erweiterung der sanitären Anlagen für Schüler und Lehrer vorgesehen. Das Entwässerungssystem der Schule weist umfangreiche Mängel auf, die im Zuge der Planung - anhand der vorliegenden Kamerabefahrung der Grundleitungen - zu bewerten und Sanierungsvarianten auszuarbeiten sind. Zur Entlastung der Kanalisation (Schwammstadt) ist ein intelligentes Regenwassermanagement unter Berücksichtigung der örtlichen Begebenheiten zu betrachten. Die Außenanlagen zwischen Neubau und Bestand sollen unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten neugestaltet und funktional an die erweiterten Nutzungen angepasst werden. Die durch die Baumaßnahme in Anspruch genommene Spielfläche einschließlich der Spielgeräte ist auf anderer Fläche fachgerecht wiederherzustellen. Darüber hinaus ist vorgesehen, im Zuge der erforderlichen Geländemodellierung weitere Flächen zu entsiegeln und die Barrierefreiheit sicherzustellen. Durch das Vergabeverfahren soll ein Planungsbüro gefunden werden, das als Generalplaner insbesondere die folgenden Leistungen erbringt: - Leistungen gem. § 34 HOAI Objektplanung Gebäude und Innenräume - Leistungen gem. § 51 HOAI Fachplanung Tragwerksplanung - Leistungen gem. § 55 HOAI Fachplanung Technische Ausrüstung der Anlagengruppen 1-8 - Leistungen gem. § 39 ff. HOAI Objektplanung Freianlagen - Leistungen gem. § 43 ff. HOAI Objektplanung Ingenieurbauwerke - Leistungen gem. HOAI Anl. 1.2 Bauphysik (Wärmeschutz u. Energiebilanzierung, Bauakustik, Raumakustik) - Leistungen gem. AHO Heft 17 bauordnungsrechtlicher Brandschutz Es ist vorgesehen, die Leistungen stufenweise zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf die

Übertragung aller Leistungen besteht nicht. Weitere Angaben zum Bauvorhaben und Gegenstand des zu vergebenden Generalplanungsauftrags enthält eine im elektronischen Projektraum bereitgestellte Projektbeschreibung.

Interne Kennung: BN-2025-06944

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Beauftragung der Planungsleistung erfolgt Stufenweise. Ein Anspruch des Planers auf Beauftragung von einzelnen Leistungsstufen besteht nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Karl-Barth-Straße 87

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53129

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 26 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufsregister; Handwerksrolle, Handelsregister, IHK (UVgO, VgV) (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Der Bewerber/jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft hat zur Beurteilung der persönlichen Lage mit dem Teilnahmeantrag im Rahmen eines vom Auftraggeber vorgegebenen Bewerbungsbogens folgende Angaben/Unterlagen einzureichen: 1. Unternehmensdarstellung/Firmenprofil; 2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i. S. d. §§ 123 und 124 GWB; der Auftraggeber behält sich vor, bei Zweifeln an der Richtigkeit der Eigenklärungen Fremdbescheinigungen über das Nichtvorliegen der vorgenannten Ausschlussgründe nachzufordern; 3. Eigenerklärung zu EU-Russlandsanktionen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Beschäftigtenzahl - durchschnittl. Anzahl (UVgO, VgV - Ingenieur/Architekt) (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Angabe der Anzahl in den letzten drei Kalenderjahren (2023, 2024, 2025) festangestellten Architekten und

Ingenieuren sowie Partner / Geschäftsführer, welche über einen akademischen Abschluss in den Fachrichtungen Architektur/Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. / M.A. / M.Sc. / B.A. / B.Sc. / o. vgl.) verfügen. Mindestanforderung: Der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft zusammen muss im Durchschnitt der vergangenen 3 Kalenderjahre (2023 - 2025) sowie aktuell über mindestens 8 Mitarbeiter in Festanstellung sowie Geschäftsführer / Partner beschäftigt haben, welche über einen akademischen Abschluss in den Fachrichtungen Architektur /Bauingenieurwesen (Dipl.-Ing. / M.A. / M.Sc. / B.A. / B.Sc. / o. vgl.) verfügen, verfügt haben bzw. verfügen. Die Nachweise sind dem Teilnahmeantrag nicht beizufügen. Der AG behält sich jedoch vor, die Nachweise der akademischen Abschlüsse nachzufordern.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Haftpflichtversicherung (UVgO, VgV, VOB/A, VOB/A-EU) (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Vorlage des Nachweises einer Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssumme i. H. v. mindestens 5.000.000 EUR für Sach- und Personenschäden sowie Vermögensschäden, zweifach maximiert pro Jahr (aktuell gültige Fremdbescheinigung des Versicherungsgebers) oder einer Eigenerklärung, im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung abzuschließen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenzen (UVgO, VgV - Ingenieur/Architekt) (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Darstellung der Referenzen über vergleichbare Leistungen, mit Angabe insbesondere aa) Name des Auftraggebers und Kontaktdaten bb) Angabe des ausführenden Standorts des Bewerbers / Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft cc) Zeitraum der Leistungserbringung dd) Kurzbeschreibung des Umfangs der Referenz insbesondere mit Angaben zu den erbrachten Leistungen und der Vergleichbarkeit mit den zu vergebenden Leistungen Mindestanforderung: Der Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft muss die folgende Referenzlage a) und b) vollständig nachweisen. Die Anforderungen an die Referenzlage unter b) und können auch mit der Referenz unter a) nachgewiesen werden. a) Nennung von einer Referenz mit Ansprechpartner beim Bauherrn (Kontaktdaten) über vergleichbare Aufträge aus dem Bereich Generalplanung. Als vergleichbarer Auftrag wird ein Projekt angesehen, das folgende Anforderungen erfüllt: aa) Leistungen der Generalplanung (Objektplanung Gebäude, TGA Fachplanung für mind. 4 von 8 Anlagengruppen i.S.d. § 53 Abs. 2 HOAI sowie Tragwerksplanung), bb) in allen Leistungsbildern müssen mind. Leistungen der Leistungsphase 2 - 5 beauftragt und die Leistungsphase 5 nach 01/2018 abgeschlossen worden sein, cc) Baukosten der KG 300 und 400 nach DIN 276 mind. 1,5 Mio. Euro netto, dd) Sanierung (Modernisierung/Instandsetzung/Instandhaltung)/Erweiterung/Neubau eines Hochbauprojekts, das mind. mit Honorarzone III eingestuft wurde, ee) für einen öffentlichen Auftraggeber i.S.d. § 98 GWB b) Nennung mindestens einer Referenz mit Ansprechpartner beim Bauherrn (Kontaktdaten) über einen vergleichbaren Auftrag aus dem Bereich Objektplanung Gebäude. Als vergleichbarer Auftrag wird ein Projekt angesehen, das folgende Anforderungen erfüllt: aa) Leistungen der Objektplanung Gebäude, bb) mind. Leistungen der Leistungsphasen 2 bis 5 beauftragt und die Leistungsphase 5 nach 01/2018 abgeschlossen, dd) Baukosten der KG 300 und 400 nach DIN 276 über 1,5 Mio. Euro netto. cc) Referenz betrifft die Sanierung (Modernisierung / Instandsetzung / Instandhaltung) / die Erweiterung / den Neubau einer Bildungseinrichtung mit mind. Honorarzone III Im Falle eines Angebots einer Bewerbungsgemeinschaft ist ausreichend, dass eines der Mitglieder über die geforderten Referenzprojekte oder die Mitglieder in der Summe über die geforderten Referenzprojekte verfügen.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Umsatz (UVgO, VgV - Ingenieur/Architekt) (Mit dem Teilnahmeantrag; Mittels Eigenerklärung): Angaben zum Umsatz (netto) in den letzten drei abgeschlossen Geschäftsjahren mit Planungsleistungen, getrennt nach Jahren.

Mindestanforderung: Der Netto-Umsatz mit Planungsleistungen des Bewerbers/ sämtlicher Mitglieder einer Bewerbungsgemeinschaft in der Summe muss im Zeitraum der letzten drei Geschäftsjahren jeweils mindestens 1 Mio. Euro, netto pro Jahr betragen haben.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenzen - Bewertet werden die eingereichten Referenzen über vergleichbare Referenzprojekte. Bewertet werden nur Referenzen, welche jeweils nachfolgende Mindestanforderungen erfüllen: - Leistungen der Objektplanung Gebäude für die Sanierung (Modernisierung/Instandsetzung/Instandhaltung) /die Erweiterung /den Neubau eines Hochbaus, mind. Honorarzone III, - mind. Leistungen der Leistungsphasen 2 bis 5 beauftragt und die Leistungsphase 5 nach 01/2018 abgeschlossen, - Baukosten der KG 300 und 400 nach DIN 276 über 1,5 Mio. Euro Unter den Referenzen, die die o.g. Mindestanforderungen erfüllen, werden die 5 besten eingereichten Referenzen (jeweils bis 115 Punkte) bewertet. Maximal erzielt werden können 575 Punkte. Die Referenzbewertung erfolgt nach den folgenden Maßstäben: (1) Referenz betraf eine Grundschule/weiterführende Schule/Kita (keine Hochschule/Berufskolleg) mit mind. Honorarzone III 25 Punkte mit Mensa + 15 Punkte in Holzbauweise + 15 Punkte umfasst Bauen im laufenden Betrieb + 5 Punkte (2) Referenzprojekt erfolgte für einen öffentlichen Auftraggeber im Sinne von § 98 GWB 15 Punkte (3) Leistungen der Generalplanung (Objektplanung Gebäude, TGA-Fachplanung für mind. 4 von 8 Anlagengruppen i.S.d. § 53 Abs. 2 HOAI sowie Tragwerksplanung), in allen Leistungsbildern müssen mind. Leistungen der Leistungsphase 2 - 5 beauftragt und die Leistungsphase 5 nach 01/2018 abgeschlossen worden sein, 25 Punkte + Freianlagenplanungsleistungen für einen Schulhof (LP 2 - 5 beauftragt und die Leistungsphase 5 nach 01/2018 abgeschlossen) + 15 Punkte Bei gleicher Wertung erfolgt die Auswahl per Los.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 100,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 11/03/2026 23:59:59 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYTJ06NG99/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYTJ06NG99>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 04/05 /2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXTSYYDYTJ06NG99>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 19/03/2026 10:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Keine

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: - Einzureichende Unterlagen: * Mit dem Teilnahmeantrag ** Mittels Eigenerklärung: - Sanktionspaket 523 (VgV, VOB-EU): Bitte das Dokument "523 EU Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU" verwenden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf §§ 160 und 161 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

verwiesen. § 160 GWB - Einleitung, Antrag (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem

Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt. § 161 GWB - Form, Inhalt (1) 1Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. 2Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. 3Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen. (2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Auftraggeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer Rheinland

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundesstadt Bonn - Referat Vergabedienste

Registrierungsnummer: 05314-31001-65

Postanschrift: Bertha-von-Suttner-Platz 2-4

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53111

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: referatvergabedienste@bonn.de

Telefon: +49 228772600

Internetadresse: <http://www.bonn.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland

Registrierungsnummer: DE812110859

Postanschrift: Zeughausstraße 2-10

Stadt: Köln

Postleitzahl: 50667

Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer Rheinland

E-Mail: vergabekammer@bezreg-koeln.nrw.de

Telefon: +49 221-147-3116

Fax: +49 221-147-2889

Internetadresse: <http://www.bezreg-koeln.nrw.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 74ddc79c-d3e6-4832-9193-16a5a86f3c76 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 11/02/2026 00:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 100767-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 30/2026

Datum der Veröffentlichung: 12/02/2026